

P o l i t i k

III/73

den 21. Juni 1948

Freie Bahn für Erhardt

sp. Am Vorabend der Währungsreform fiel in Frankfurt eine hochbedeutende Entscheidung. Mit der Annahme des "Gesetzes über die wirtschaftspolitischen Leitsätze" hat der Wirtschaftsrat dem Direktor der Wirtschaftsverwaltung nahezu unumschränkte Vollmachten in der Bewirtschaftung und Preisgestaltung erteilt. Wenn es auch bedenklich ist, ein wirtschaftspolitisches Feuilleton wie diese "Leitsätze" zum Gesetz zu erheben, so geniessen sie doch den Vorzug, die "liberale" Tendenz des Wirtschaftsprofessors Erhardt klar zu offenbaren. Vor dem Plenum musste Erhardt gestehen, dass die jetzige Situation von so vielen unbekanntem Grössen bestimmt werde, dass sein Plan einen Sprung ins kalte Wasser gleiche. Offenend hielt ihm die sozialdemokratische Opposition entgegen, dass man eher den Eindruck haben müsse, der Verbraucher solle ins kalte Wasser geworfen werden.

Es kann weder einen Zweifel unterliegen, dass die aus der Nazizeit überkommene Bewirtschaftung so schnell wie möglich gelockert werden muss; noch ist zu verkennen, dass die Frankfurter Wirtschaftsverwaltung eine grössere Bewegungsfreiheit als bisher braucht, um schnelle Entscheidungen treffen zu können. Aus dieser Erkenntnis heraus hatte die sozialdemokratische Fraktion im Wirtschaftsrat die Bereitschaft bekundet, eines Vollmachtsgesetz zuzustimmen, jedoch unter der Voraussetzung, dass ein Joerwachungsausschuss gebildet wird, dem u. a. auch Gewerkschaftsvertreter angehören sollen. Dass die CDU nicht bereit war, diesem kleinen Gremium ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen, zeigt, dass man sich aus der damit vollzogenen Ausschaltung des Wirtschaftsrates kein Gewissen macht. Die denkwürdige Nachtsitzung vom Donnerstag machte deutlich, dass der rechte Flügel die CDU absolut beherrscht, und es entbehrte nicht der Ironie, dass wieder Gewerkschaftsvertreter als Sprecher vorgeschickt wurden, um das Geschäft der Generaldirektoren zu besorgen. Der jetzt den profitsüchtigen Unternehmern ausgelieferte Verbraucher wird die Folgen dieses "liberalen" Kurses zu spüren bekommen.

Auch in der Frage der Preisgestaltung liess die Haltung der CDU an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wochen vorher hatte die Verwaltung eine unfängliche Liste mit neuen Preisen vorgelegt, die angeblich aus der Erhöhung der Kohlenpreise resultierten. Gegenüber sozialdemokratischen Bedenken wurde gesagt, dass die Preise genau berechnet und eher noch zu niedrig als zu hoch angesetzt seien. Inzwischen wurde eine neue Liste herausgegeben, die in zahlreichen Punkten eine erhebliche Herabsetzung der Preise verzeichnet - ein Beweis, wie oberflächlich diese Wirtschaftsverwaltung arbeitet. In einem sozialdemokratischen Antrag war gefordert worden, die Haushaltstarife für Strom und Gas auf der alten Höhe zu lassen, vor allem, weil die zugeständenen fünfzehnprozentigen Lohnerhöhungen nicht überall durchgeführt worden sind. Aber auch dem verschloss sich die CDU, so dass nun die Opposition sämtliche Preis-erhöhungen ablehnte.

Die Rücksichtslosigkeit der christlich-sozialen Geldverdiener, wie sie in der letzten Plenarsitzung des Wirtschaftsrates zum Ausdruck kam, gibt einen Maßstab für die Härte der zu erwartenden innenpolitischen Kämpfe. Das Stichwort für die Unternehmer hat Generaldirektor Dr. Kaufmann, der Stellvertreter des Wirtschaftsdirektors, bereits ausgegeben, als er auf einer Konferenz der stellvertretenden Wirtschaftsminister erklärte, dass seiner Meinung nach die Wirtschaft durch die Währungsreform in jenen Zustand zurückfalle, in den sie sich unmittelbar nach der Kapitulation befiel. Er rechne mit einer langen Periode der Stagnation, aus der sich die Wirtschaft nur langsam lösen werde. Das ist deutlich genug. Die Unternehmer werden den Wink verstehen und in vielen Fällen nicht zögern, Betriebe zu schliessen. So wird man eine wirtschaftliche Panikstimmung erzeugen und damit auf die Lebenshaltung der breiten Massen einen erheblichen Druck ausüben können.

Zweifellos werden jetzt eine Reihe von Betrieben in Schwierigkeiten geraten, doch hängt dies nur insofern mit der Währungsreform zusammen, als sich das Käuferinteresse mit dem neuen Geld auf gute, brauchbare Ware konzentrieren wird. Fabrikanten von Aschenbechern und Leuchzeichen werden sich umstellen müssen. Wird dies unterlassen, so muss von oben her eingegriffen werden. Besonders gilt diese Pflicht zum Eingreifen in den Fällen, wo aus Gründen übermässiger Warenhoftung die Absicht besteht, Betriebe zu schliessen.

Auf die Inangasetzung volkswirtschaftlich wichtiger Produktion zielte ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat ab. Es wurde darin gefordert, dass in Fällen, wo wegen Unfähigkeit oder Unwilligkeit des Verfügungsberechtigten solche Produktionsmittel nicht oder nicht ausreichend verwendet werden, gegebenenfalls die Zwangsverpachtung oder der Zwangsverkauf an geeignete Bewerber zu bewerkstelligen sei. Die CDU-Mehrheit stimmte bei diesen über Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden und daher unso zwingenden Antrag bezeichnenderweise für eine Überweisung an den zuständigen Ausschuss. / entscheidenden

Die nächsten Debatten im Unterhaus

Von unserem Gl.-England-Mitarbeiter

Die britische Regierung hat die Londoner "Empfehlungen" gebilligt und festgestellt, daß eine Ratifizierung durch das Unterhaus nicht erforderlich war. Das schließt eine Abstimmung im Unterhaus aus, nicht aber neue Debatten über die Deutschlandpolitik. Der Verlauf der Londoner Konferenz und der Rücktritt Lord Eakenhans haben in der englischen Öffentlichkeit und bei manchen Abgeordneten das Gefühl erweckt, daß mehr Klarheit über die Erfolgsaussichten der neuen Deutschlandpolitik und über die weitere Führung der britischen Besatzungspolitik zu wünschen wäre.

Auch die Verlautbarung, daß Lord Henderson, der 1945 in den Adelsstand erhobene Sohn des verstorbenen Außenministers der Macdonald-Regierung, zum Unterstaatssekretär Bevins ernannt worden ist, hat die erhoffte Klärung über die künftige Leitung der deutschen Angelegenheiten in der britischen Regierung nicht gebracht. Henderson, der heute 57 Jahre ist, war eine zeitlang Leiter der Presseabteilung der Labour Party, aber als Außenpolitiker ist er nie in Erscheinung getreten. Aus der amtlichen Mitteilung ging hervor, daß die deutschen Angelegenheiten nur ein Teil seiner Aufgaben sein sollen, da er in erster Linie den Außenminister bei internationalen Konferenzen unterstützen und ihn ständig im Oberhaus vertreten soll. Die Zukunft allein wird zeigen, ob die deutschen Angelegenheiten mehr als bisher von Bevin selbst oder von Berufsbeamteten bearbeitet werden sollen. Auch Daltons neue Rolle ist noch ungeklärt. Man nimmt an, daß er sich besonders der wirtschaftlichen und politischen Probleme des britischen Weltreichs annehmen wird.

Das Unterhaus wird auch eine Reihe wichtiger innenpolitischer Fragen zu beraten haben. Bis zum August soll das Gesetz über die Verstaatlichung der Gasindustrie verabschiedet werden. Im Juli wird der öffentliche Gesundheitsdienst ins Leben treten. Bis zur Sommerpause erwartet man auch den entscheidenden Schritt im Kampfe um die Reform des Oberhauses. Diese zum größten Teil aus erblichen Mitgliedern bestehende "Zweite Kammer" hat im Laufe der Zeit fast alle Rechte bis auf das des aufschiebenden Vetos gegen Unterhausbeschlüsse eingebüßt. Aber gerade das Veto kann wichtig werden, wenn es darum gehen wird, die geplante Verstaatlichung der Stahlindustrie noch vor den nächsten Parlamentswahlen im Jahre 1950 gesetzlich zu verankern. Die Konservativen, die im Oberhaus über eine gesicherte Mehrheit verfügen und die Sozialisierung der Stahlindustrie heftiger als alle anderen Sozialisierungsmaßnahmen bekämpfen, wehren sich gegen die Einschränkung der Wirkungsperiode des Vetos. Die Regierung zögert eine solche Beschränkung durch gütliche Vereinbarung vor, aber sie kann der Unterstützung der Labour Party gewiß sein, wenn sie durch Jähzornigkeit des Oberhauses gezwungen werden sollte, die Rechte der Zweiten Kammer gegen deren Willen zu beschneiden. Erst kürzlich hat das Oberhaus von seinem Vetorecht Gebrauch gemacht; es hat sich gegen die im April vom Unterhaus beschlossene Aufhebung der Todesstrafe ausgesprochen. Innenminister

Chuter Die hat nun den Vorschlag gemacht, bis auf weiteres jedem zum Tage Verurteilten²⁰ begnadigen, um so eine erneute Debatte des Gesetzes in Unterhaus zu vermeiden. Aber er hat mit seinem Vorschlag eine Debatte der Juristen über die Frage hervorgerufen, ob er zu einer solchen Generalamnestie verfassungsmässig berechtigt sei.

Inzwischen ist eine für die zukünftigen Verhandlungen des Unterhauses sehr wichtige parlamentarische Verfahrensfrage vorläufig geregelt worden. In letzter Zeit hatten es Minister häufig abgelehnt, auf Anfragen über die innere Organisation und die laufende Arbeit der Körperschaften zu antworten, die zur Verwaltung der verstaatlichten Industrien eingesetzt wurden, weil diese internen Angelegenheiten der öffentlichen Gesellschaften nicht zur Verantwortung des Ministeriums gehören. Der "Sprecher" des Unterhauses hat nun die Regel aufgestellt, dass er sich vorbehalten, Fragen dieser Art zuzulassen, wenn sie ihn von Wichtigkeit und öffentlichen Interesse erscheinen, dass es aber den Ministern freistehe, eine Antwort zu erteilen oder nicht. Namens der Regierung akzeptierte Morrison die Entscheidung des Sprechers. Die Folge wird sein, dass die Konservativen keine Möglichkeit mehr zu der Behauptung haben werden, dass die Regierung dem Parlament jeden Einblick in die Arbeit der Verwaltung der sozialisierten Industrien verwehren wolle.

Blickpunkt Berlin

sp. Nach den neuesten, aus Berlin vorliegenden Informationen bestätigt sich der Eindruck, dass der russischen Militärverwaltung die Verkündung der Währungsreform in den Westzonen äusserst unangenehm gewesen ist. Auch die Art der russischen Reaktion liess und lässt noch erkennen, dass die unrecht behalten haben, die sagten, man würde mit einer solchen Massnahme nur die politischen Geschäfte der Russen besorgen - es sei denn, man geht von der Annahme aus, die Russen würden aggressiv werden wollen und infolge dessen froh über jeden Anlass dazu sein.

Damit ist aber nach Lage der Dinge kaum zu rechnen. Man wird sich vielmehr aller Voraussicht nach auf Massnahmen beschränken, die nach russischer Ansicht ein wirksames Gegengewicht gegen die Massnahmen der Westalliierten darstellen. Sicher ist auch, dass die Russen nicht mit der Verkündung der westlichen Reform in diesem Zeitpunkt gerechnet haben. Die in der Erklärung Marschall Sokolowskis und auch sonst zum Ausdruck kommende Entrüstung über die angeblich nun vollzogene endgültige Aufteilung Deutschlands wird von jedem einigermaßen Einsichtigen als plumpe Heuchelei bewertet, da die Russen selbst ganz unverhohlen alles getan haben, diese Einheit zu unterminieren. Wer so tut, als sähe er das nicht, handelt aus spekulativen Gründen, wobei wir der Ansicht sind, dass er falsch spekuliert.

Die Situation in Berlin wird in den kommenden Wochen sehr prekär werden. Die Amerikaner und ihre Freunde werden die Stadt nicht aufgeben, nicht, weil sie "es sich nicht leisten" können, sondern weil sie aus sehr wohlüberlegten Gründen nicht wollen. Die Russen haben sich in einer

Weise festgelegt, die schwer erkennbar macht, wie sie von ihren Anspruch auf Alleinherrschaft in der Ostzone einschliesslich ganz Berlin wieder herunterkommen können. Für sie ist vor allen wichtig, daß die Ostzone - trotz allen gegenteiligen Propagandageschreies - vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch steht, wenn sie sie nicht von sich aus stützen. Dazu scheint man aber nicht gewillt und wohl auch gar nicht in der Lage. Im Gegenteil: Die Ostzonewurde und wird weiter so total ausgeplündert, wie man es sich schwer vorstellen kann. Die Ernte, die jetzt erwartet wird, ist bereits genau (!) geschätzt worden, an die Bürgermeister sind Weisungen ergangen, in welcher Frist welche Mengen abzuführen sind, um von den geernteten Getreide möglichst schnell eine maximale Menge aus dem Ertragsbereich abzuführen. Russische Versuche, die noch gebliebene industrielle Kraft Oberschlesiens mit der Ostzone zu koppeln, sind an Widerspruch der Polen gescheitert.

Sollten die Russen noch stärkeres Geschütz in ihren Bemühen auffahren, ihre Pseudoalliierten aus Berlin herauszudrängen, werden die Westmächte ihrerseits gezwungen sein, drastischer und ultimativ etwa über eine Freigabe des Transports mit den Russen zu sprechen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass solche Sprache verstanden wird.

(n/D/216/-/he)

Kommunisten auf dem kommunistischen Index

So. Ein Erlass des Volkbildungsamtes Sachsen-Anhalt enthält die Namen von 38 Schriftstellern, deren gesamte Werke auf den Index stehen. Darunter befinden sich u.a. Bucharin, bis 1928 Präsident der Kommunistischen Internationale; Brandler, bis 1923 Vorsitzender der KPD; David: Schriftsteller, Mitarbeiter im ZK der KPD bis 1933; A. Kael: Mitarbeiter in der Agit-prop. Abteilung der KPD bis 1933, schriftstellerisch tätig; Kirsch: bis 1933 Sekretär von Thälmann, zeitweise Chefredakteur der "Roten Frone" und Chefredakteur des Organs der KPD "Die Internationale"; Knorin: 1930-32 Vertreter der Komintern in Deutschland; Kolzow: bekannter Feuilleton-Redakteur der "Prawda"; Ottwald: bekannter kommunistischer Schriftsteller, der u.a. das Buch geschrieben hat "Der Kaiser ging, die Generale blieben"; Pjanitzki, jahrelanger Generalsekretär der K.J.; Remels: Mitglied des ZK der KPD von 1920-33, Verfasser des zweibändigen Werkes "Die Sowjetunion"; Rjasanov: bis 1914 Archivar des Parteivorstandes der SPD in Berlin, nach 1918 Präsident des Marx-Engels-Institutes in Moskau; Tomski: bis 1930 Präsident der russischen Gewerkschaften; Lenz, der auch unter anderen Pseudonym geschrieben hat, ist der jahrelange Chef der Agit-Prop. Abteilung des ZK der KP; Kraus, der - bevor er sich in die Politik begab, Mathematiker und Sekretär von Einstein war.

Die Liste enthält ferner noch 20 auszusondernde Einzelbücher, sowie Jahrbücher, darunter den Almanach der Kommunistischen Internationale.

(n/B/1/215/2/he)

Gottwalds nächste Pläne

Mirko-Sedlak, emigrierter Abgeordneter der tschechischen Nationalversammlung, gibt uns folgende Darstellung über die heutige Lage in der Tschechoslowakei:

Mit seinem Einzug auf den Prager Hrafschin hat Klement Gottwald den Kampf um die Macht abgeschlossen, den er im Sommer 1945 begonnen und im Februar dieses Jahres bis zum offenen Putsch gesteigert hatte. Seine Inthronisierung in Wladislawsaal der Prager Burg war nur der logische Abschluss dieses Machtkampfes. Nun vollendet Gottwald den wirtschaftlichen - und im Hintergrund den strategischen - Einbau der Tschechoslowakei in den Ostblock.

Ein Blick auf die Ende Mai veröffentlichten Monatsergebnisse des Zweijahresplanes (1947/48) zeigt die wirtschaftlichen Auswirkungen des kommunistischen Putsches. Mit Stolz wird darauf hingewiesen, dass die Planziffern in der Schwerindustrie mit 120%, in der chemischen Industrie mit 109% überschritten wurden. Verschwiegen wird, dass in derselben Zeit die Produktion der Nahrungsmittel- und Konsumgüterindustrie auf 70 bis 80%, der Wohnungsbau sogar auf 50% zurückgeblieben ist. Damit wird klar, dass der Zweijahresplan, dessen Ziel ursprünglich eine Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung um 10% gegenüber 1937 war, in völlig andere Bahnen gelenkt wurde. Denn die unmittelbar den Lebensstandard zugute kommende Produktion wurde eingeschränkt, während die Schwerindustrie und die chemische Industrie - also die Rüstungsproduktion - eine unnatürliche Aufblähung erfahren haben. Das zeigt, wo der Sinn des kommunistischen Planes liegt: aus der Tschechoslowakei eine Rüstungskammer der Sowjetunion zu machen.

Noch deutlicher wird diese Tendenz bei einer Betrachtung des ab 1. Januar 1949 in Kraft tretenden Fünfjahresplanes. Dieser Plan sieht vor, die Produktion der Schwer- und chemischen Industrie um 200% auszuweiten. Beide Industriezweige beschäftigen zur Zeit etwa 600.000 Angestellte. Die Steigerung um 200% bedeutet einen zusätzlichen Bedarf an rund 1,2 Mill. Arbeitskräften. Diese Arbeitskräfte können nur aus anderen Wirtschaftszweigen entnommen werden, daher wurde in erster Linie die landwirtschaftliche Anbaufläche eingeschränkt. Davon erwartet man das Freiwerden von etwa 100 bis 150.000 Arbeitern; zugleich aber wird die Tschechoslowakei dadurch gezwungen, jährlich aus der Sowjetunion 20 bis 40.000 Waggons Getreide für die menschliche Ernährung und rd. 100.000 Waggons Futtermittel zu beziehen, was sie ernährungspolitisch in eine hoffnungslose Abhängigkeit von Russland bringt. Um die restliche eine Million Arbeitskräfte für die Schwerindustrie freizubekommen, wird die Konsumgüterindustrie weiter eingeschränkt, Gewerbe und Handel werden durch die Verstaatlichung dezimiert, die Verwaltung rigoros durchgeknüpft und die Justiz durch die Schaffung von Zwangsarbeitslagern weitgehend in den Dienst des Fünfjahresplanes gestellt. Die Arbeitsfreudigkeit wird durch scharfe Massnahmen gehoben, es werden ferner nicht nur keine Lohnerhöhungen mehr zugelassen, sondern überdies alle bisher an Spezialarbeiter über die Tarife hinaus bezahlten Zuwendungen abgeschafft. (1/2/216/2/he)

Verantwortlich: Peter Rauha